

# SPÖ finanziert Prozess gegen Unterberger

*Wiener Zeitung*-Chef klagt „Gedenkdienst“

*Lisa Nimmervoll*

**Wien** - Der Prozess entbehrt nicht einer gewissen Brisanz: Der Chefredakteur der *Wiener Zeitung*, des offiziellen Organs der Republik Österreich, Andreas Unterberger, klagt den „Verein Gedenkdienst“, der weltweit Zivildienst an Holocaust-Gedenkstätten betreut -und die Prozesskosten des kleinen Vereins werden ausgerechnet von der Partei des Bundeskanzlers finanziert.

SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim, auf dessen Initiative der rote Parlamentsklub den Verein unterstützt, erklärt im STANDARD-Gespräch die Gründe für die „Initiative für Gerechtigkeit und Chancenfairness“. Der Verein sei durch die Klage „in seiner Existenz gefährdet, und wir verfolgen mit gewisser Skepsis schon seit längerer Zeit das Treiben des Herrn Unterberger und seine Medienpolitik in der *Wiener Zeitung*. Wir haben uns gewundert, wer dort aller zu Wort kommen darf.“

Etwa der Anwalt des Holocaust-Leugners David Irving, Herbert Schaller, der vor einem halben Jahr einen Gastkommentar schrieb. Der Gedenkdienst-Verein warf Unterberger vor, dem Teilnehmer der Teheraner Holocaust-Konferenz eine Plattform für die

Verteidigung der Holocaust-Leugnung geboten zu haben. Unterberger klagt wegen „kreditschädigender Aussagen“. Dass Gedenkdienst und Sozialistische Jugend von Kanzler Alfred Gusenbauer (SP) seine Abberufung verlangen, nennt Unterberger eine „Attacke auf die Meinungsfreiheit“.